

Ausrufung der „Rheinischen Republik“ 1923 in Mainz

Obwohl der Putschversuch im Juni 1919 kläglich gescheitert war, versuchten Separatisten im Krisenjahr 1923 erneut mit Unterstützung der französischen Besatzungsmacht eine rheinische Republik zu errichten. Nachdem die Separatistenbewegung im Sommer 1919 nur sehr kurzfristig von einem Rheinstaat träumte, kam es vier Jahre später zu längeren separatistischen Aufständen. Seit 1919 hatte sich unter den Befürwortern eines Rheinstaats die Gruppierung durchgesetzt, die sich offen für eine Abtrennung des Rheinlandes vom Deutschen Reich aussprach. Im Zuge der politischen Polarisierung in Deutschland infolge der belgisch-französischen Besetzung des Ruhrgebiets erhielten auch die Separatisten wieder Auftrieb und die Rheinstaatbefürworter um Hans Adam Dorten strebten 1923 erneut die Erzwingung eines Rheinstaats durch einen separatistischen Putsch an. Um diesen Weg zu propagieren, fanden im Spätsommer 1923 zahlreiche Veranstaltungen in Rheinhessen und im Rheinland statt. Nachdem im September 1923 der passive Widerstand gegen die Ruhrbesetzung aufgegeben worden war, traten im Oktober die Separatisten in Aktion. [Anm. 1]

Von Aachen ausgehend griffen die separatistischen Bestrebungen abermals auf das französisch besetzte Rheinhessen über. In Aachen war am 21. Oktober 1923 die Rheinische Republik ausgerufen worden, woraufhin auch einige Verbände der Separatisten nach Mainz kamen. Hier kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, als eine Gruppe versuchte, das Polizeirevier in der Frauenlobstraße zu stürmen. Am 23. Oktober marschierten dann rund 250 Separatisten gegen den Erthaler Hof in Mainz, wo Provinzialregierung und Kreisamt untergebracht waren. Mit Unterstützung französischer Offiziere, die der deutschen Polizei das Schießen verboten, besetzten die Separatisten das Regierungsgebäude und hissten die grün-weiß-rote Rheinlandflagge. Schon bald kam es zu Protesten der empörten Mainzer Bevölkerung vor dem Gebäude. Daraufhin schossen die Besetzer vom Erthaler Hof aus auf die Menge, wobei es drei Tote gab. In Worms war es am 23. Oktober ebenfalls zu Unruhen auf dem Obermarkt gekommen, nachdem Separatisten versucht hatten ein Polizeirevier zu stürmen. Am 29. Oktober gelang es ihnen schließlich mit der Unterstützung des französischen Stadtkommandanten von Worms, das dortige Kreisamt zu besetzen. Am gleichen Tag brachten Anhänger der Rheinischen Republik ebenfalls das Kreisamt in Bingen unter ihre Kontrolle. Das Kreisamt, die Post und das Stadthaus von Alzey konnten dagegen erst am 1. November besetzt werden – ebenfalls wieder nur mit französischer Hilfe. [Anm. 2]

Die Separatisten bildeten in Mainz eine Provinzialregierung für Rheinhessen, an dessen Spitze der Hautarzt Roth als Provinzialdirektor stand. Diese Regierung wurde jedoch weder von allen anderen Behörden, noch von der Bevölkerung anerkannt – lediglich der französische Stadtkommandant akzeptierte die neue Regierung der Separatisten. Die rechtmäßige Provinzialdirektion musste sich in die damalige Polizeidirektion in der Mainzer Klarastraße zurückziehen. Allerdings ohne den

Provinzialdirektor Karl Usinger, der von Separatisten zeitweilig in seiner Wohnung im Erthaler Hof gefangen gehalten wurde. Er protestierte aufs Schärfste gegen sämtliche Maßnahmen der Separatisten. Der Versuch der separatistischen Regierung, die Beamten und Angestellte der Provinzial- und Kreisbehörden dazu zu zwingen für sie zu arbeiten, schlug ebenfalls fehl: Einige Beamten wurden zusammen mit vielen anderen Bürgern und Familien daraufhin ins rechtsrheinische, unbesetzte Gebiet ausgewiesen. Da auch streikende Eisenbahner sowie Post- und Zollbeamte 1923 ins Rechtsrheinische ausgewiesen waren, befanden sich rund 20.000 Rheinessen zu jener Zeit im rechtsrheinischen Exil. Darunter auch die Oberbürgermeister von Mainz und Worms, der Kreisdirektor von Bingen und die Bürgermeister von Bingen und Alzey. Denn mit Ausnahme Oppenheims waren auch alle anderen Kreisämter Ende 1923 zeitweilig von Separatisten besetzt. Teilweise konnten sich die Separatisten in den von ihnen monatelang besetzten Verwaltungsgebäuden in Mainz, Worms, Alzey, Bingen und Groß-Gerau bis Februar 1924 halten. [Anm. 3]

Die Bevölkerung Rhein Hessens stand jedoch hinter der rechtmäßigen Provinzialdirektion und den anderen Behörden, was sie unter anderem durch Plakatanschläge – auf denen auch sämtliche Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände der Region den separatistischen Putschversuch ablehnten – kundtat. Die Ablehnung beruhte auch 1923 vor allem auf der Angst, dass es zu einem Anschluss der Rheinlande an Frankreich kommen könnte. Solche Befürchtungen wurden durch die offene Unterstützung der französischen Besatzer für den separatistischen Putsch sowie durch die 1923 gegenwärtige Besetzung des Ruhrgebiets genährt. Die Separatisten galten deswegen in der breiten Öffentlichkeit weithin als Landesverräter und der Putschversuch trug eher zu einer Stärkung der pro-deutschen nationalistischen Stimmen im Rheinland bei. Das Scheitern des Putsches zeichnete sich Ende 1923 bereits deutlich ab und die Franzosen unterstützten die Separatisten nur noch halbherzig. Doch erst als die französische Besatzungsmacht ihnen endgültig jegliche Unterstützung entzog, mussten die Separatisten aufgeben und verließen in der Nacht vom 8. zum 9. Februar 1924 wieder den Erthaler Hof. Auch in Bingen, Alzey und Worms wurden die besetzten Gebäude wieder geräumt. [Anm. 4]

Bis zum Ende der Weimarer Republik fanden sich immer mal wieder kleinere separatistische Gruppierungen zusammen, die einen Rheinstaat anstrebten. Zu größerer Bedeutung gelangte jedoch keine der Gruppen mehr. Insgesamt sieht der Historiker Klaus Reimer die rheinische Bewegung als bürgerliche Protestbewegung gegen eine zu starke Zentralisierung des auf Preußen und Berlin zugeschnittenen Staatswesens. Zur Radikalisierung separatistischer Gruppen kam es dann dadurch, dass die Separatisten ihre Position von keiner der Parteien vertreten sahen. Insbesondere die Politik der rheinischen Zentrums Partei, die auf emotionaler Ebene die rheinische Bewegung mit erschuf und sie dann aus taktischen Gesichtspunkten jedoch wieder fallen ließ, trug wohl erheblich zu einer gewissen Parteienverdrossenheit bei, was die Radikalisierung von Separatisten begünstigte. Letztendlich wäre wohl keine der separatistischen Gruppen ohne die Unterstützung der französischen und belgischen Besatzer zu solch größeren Aufständen wie 1923 fähig gewesen. [Anm. 5]

Verfasser: Felix Schmidt

Verwendete Literatur:

- Franz, Eckhart G./Köhler, Manfred (Hrsg.): Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933, Darmstadt 1991.
- Kermann, Joachim/ Krüger Hans-Jürgen (Hrsg.): 1923, 24, Separatismus im rheinisch-pfälzischen Raum. Eine Ausstellung der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz auf dem Hambacher Schloß, Koblenz 1989.
- Reimer, Klaus: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt am Main 1979.
- Schlemmer, Martin: "Los von Berlin". Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg; Köln u.a. 2007.
- Süss, Martin: Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924 (Geschichtliche Landeskunde 31), Stuttgart 1988.
- Würz, Markus: Kampfzeit unter französischen Bajonetten. Die NSDAP in Rheinhessen in der Weimarer Republik (Geschichtliche Landeskunde 70), Stuttgart 2012.

Erstellt am: 21.09.2016

Anmerkungen:

1. Vgl. Würz 2012, S. 61; Süss 1988, S. 203f.
2. Vgl. Hoffmann 1985, S. 69f.; Franz/Köhler 1991, S. 18; Würz 2012, S. 61f.; Süss 1988, S. 208f.
3. Vgl. Hoffmann 1985, S. 70ff.; Würz 2012, S. 62; Franz, Eckhart G./Köhler, Manfred (Hrsg.): Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933, Darmstadt 1991, S. 18.
4. Vgl. Hoffmann 1985, S. 73; Würz 2012, S. 63; Vgl. Süss 1988, S. 237f.
5. Vgl. Reimer 1979, S. 415f.